

Kneihs | Urtz

Verwaltungs- gerichtliche Verfahren

Rechtslage ab 1. 1. 2014

- Alle Verfahren vor den neuen Verwaltungsgerichten inklusive
- Verfahren vor dem Bundesfinanzgericht nach der BAO sowie
- vor dem VfGH und dem VwGH



Kneihs | Urtz

Verwaltungsgerichtliche Verfahren

Rechtslage ab 1. 1. 2014

Verwaltungs- gerichtliche Verfahren

Rechtslage ab 1. 1. 2014

- Alle Verfahren vor den neuen Verwaltungsgerichten inklusive
- Verfahren vor dem Bundesfinanzgericht nach der BAO sowie
- vor dem VfGH und dem VwGH

von

Univ.-Prof. Dr. Benjamin Kneihs

Univ.-Prof. MMag. Dr. Christoph Urtz



LexisNexis®

LexisNexis® Österreich vereint das Erbe der österreichischen Traditionsverlage Orac und ARD mit der internationalen Technologiekompetenz eines der weltweit größten Medienkonzerne, Reed Elsevier. Als führender juristischer Fachverlag deckt LexisNexis® mit einer vielfältigen Produktpalette die Bedürfnisse der Rechts-, Steuer- und Wirtschaftspraxis ebenso ab wie die der Lehre.

Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Skripten, die Kodex-Gesetzestexte und die Datenbank LexisNexis® *Online* garantieren nicht nur die rasche Information über neueste Rechtsentwicklungen, sondern eröffnen den Kunden auch die Möglichkeit der eingehenden Vertiefung in ein gewünschtes Rechtsgebiet. Nähere Informationen unter www.lexisnexus.at



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7007-5645-3

LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Wien
<http://www.lexisnexus.at>
Wien 2013
Best.-Nr. 340.420.01

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in diesem Werk trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlags, der Herausgeber und der Autoren ausgeschlossen ist.

Foto Kneihs: Sissi Furgler

Foto Urtz: Foto Helmreiche

Druckerei: Prime Rate GmbH, Budapest

Vorwort

Das vorliegende **Kurzlehrbuch** dient einer **ersten Orientierung** in der neuerdings **zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit**.

Das Kurzlehrbuch ist vor allem an **Studierende** adressiert. Ebenso richtet es sich an **Praktiker**, denen es neben einer Einführung auch bei allgemeinen praktischen Fragen wie der Verfassung und Einbringung von Berufungen, Beschwerden und Revisionen helfen soll.

Wir gehen konsequent bereits von der **ab 1. Januar 2014 geltenden Rechtslage** aus. Bezugnahmen auf die frühere, im Zeitpunkt des Erscheinens gerade noch aktuelle Rechtslage sind bewusst so knapp wie möglich gehalten. Wir sind der Überzeugung, dass es keinen besonderen Sinn hat, diese in drei Monaten rechtshistorischen Strukturen noch zu lehren.

Ausgenommen davon sind allerdings Strukturen, die – wie das **Berufungsverfahren nach dem AVG** – Vorbild für die Regelung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens erster Instanz (gewesen) sind, das sich daher – gerade auch in den Abweichungen – vor der Vergleichsschablone des AVG viel besser vermitteln und verstehen lässt. Aus diesem Grund haben wir der Darstellung des Verfahrens vor den VwG eine kurze Darstellung des Berufungsverfahrens nach dem AVG und ebenso nach der BAO vorangestellt, das einstweilen noch vielerorts im innergemeindlichen Instanzenzug zur Anwendung kommt.

Im Sinne der eingangs angedeuteten Zielsetzung, hier bloß eine erste Orientierung zu vermitteln, verzichten wir bewusst auf Fußnoten und großteils auch auf Querverweise. Klammerausdrücke weisen auf Rechtsquellen und auf einschlägige höchstgerichtliche Judikatur hin, wo sie auch auf das neue Verfahren übertragen werden kann. **Literaturhinweise** werden indessen im Text nicht gegeben; vgl stattdessen die Literaturempfehlungen im Anschluss an das Abkürzungsverzeichnis. Dogmatische **Zweifelsfragen** werden in diesem Kurzlehrbuch nur angedeutet, für eine Ausbreitung möglicher Lösungswege ist dies nicht der geeignete Platz.

Grundlagen des Verwaltungsverfahrens wie der Parteienbegriff oder der Bescheidbegriff oder die verschiedenen Facetten der örtlichen, sachlichen und funktionellen Zuständigkeit können hier nicht mit ausgebreitet werden. Sie werden vorausgesetzt und sollten tunlichst vor einer einlässlichen Auseinandersetzung mit dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren schon studiert werden. Gleiches gilt für das **Verwaltungsverfahren** (erster Instanz), an das zwar vielfach – etwa im Zusammenhang mit Fristen, Formerfordernissen und Zustellungen – angeknüpft wird, das aber hier nicht vorgetragen werden kann (und auch nicht muss, da es dafür bereits zahlreiche hervorragende Lehrbücher gibt).

Hier wird – abgesehen vom Berufungsverfahren nach dem AVG – nur das **Verfahren vor den VwG** des Bundes und der Länder **und vor dem VwGH** besprochen. Dazu gehört auch das **Abgabenverfahren nach der BAO** vor dem **Bundesfinanzgericht** und vor den Landesverwaltungsgerichten (bei Landes- und Gemeindeabgaben).

Das vorliegende Kurzlehrbuch ersetzt nicht den **Besuch einschlägiger Lehrveranstaltungen**. Dort können Zusammenhänge aufgezeigt und diskutiert und Fragen beantwortet werden, die sich erst bei der näheren Beschäftigung mit dem Gegenstand stellen.

Soweit ersichtlich erstmals werden **allgemeines und abgabenrechtliches Verfahren** zumindest in einem Teilbereich **gemeinsam** dargestellt. Darüber und über die damit gelungene Zusammenarbeit innerhalb des Fachbereichs Öffentliches Recht der Universität Salzburg freuen wir uns ganz besonders.

Oktober 2013

Benjamin Kneihs und Christoph Urtz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	IX
Literaturhinweise	XI
I. Das öffentliche Rechtsschutzsystem im Überblick	1
A. Rechtsschutz – Grundbegriffe.....	1
B. Die Rechtsschutzeinrichtungen	2
1. Instanzenzug in der Gemeindeselbstverwaltung	2
2. Ansonsten: Keinerlei administrative Instanzenzüge.....	2
3. Verwaltungsgerichte (VwG).....	3
4. Verwaltungsgerichtshof (VwGH).....	4
5. Verfassungsgerichtshof (VfGH).....	5
II. Die Berufung nach dem AVG	9
A. Anwendungsbereich.....	9
B. Gang des Verfahrens.....	9
C. Anhang: Die Berufung gegen Abgabenbescheide von Gemeindebehörde nach der BAO	12
III. Die Beschwerde nach dem VwGVG	17
A. Zuständigkeit.....	17
B. Verfahren	19
1. Überblick.....	19
2. Das Verfahren im Detail	21
a) Zuständigkeit	21
b) Beschwerde.....	22
c) Aufschiebende Wirkung	25
d) Beschwerdeentscheidung, Vorlageantrag	26
e) Bescheidnachholung im Säumnisbeschwerdeverfahren.....	27
f) Verfahren vor dem Verwaltungsgericht	27
g) Entscheidung	29
h) Kosten und Gebühren	34
i) Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung	35
j) Besondere Verfahren einschließlich Verwaltungsstrafverfahren	38
IV. Die Maßnahmenbeschwerde nach dem VwGVG	45
A. Begriff, Überblick	45
B. Verfahren	46
V. Die Beschwerde nach der BAO	51
A. Zuständigkeit.....	51
B. Verfahren	54
1. Überblick.....	54
2. Das Verfahren im Detail	56
a) Zuständigkeit	56

b) Beschwerde.....	57
c) Aufschiebende Wirkung	63
d) Beschwerdevoirentscheidung, Vorlageantrag	65
e) Bescheide nachholung im Säumnisbeschwerdeverfahren	67
f) Verfahren vor dem Verwaltungsgericht	68
g) Entscheidung	72
h) Kosten und Gebühren	80
i) Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung	80
j) Finanzstrafverfahren	82
VI. Die Maßnahmenbeschwerde nach der BAO	85
VII. Die Revision an den Verwaltungsgerichtshof	89
A. Überblick	89
B. Das Verfahren im Einzelnen	91
1. Die Revision	91
2. Verfahrenshilfe	97
3. Aufschiebende Wirkung	98
4. Vorentscheidung, Vorlageantrag	99
5. Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	101
6. Entscheidung und Vollstreckung	104
7. Wiederaufnahme, Wiedereinsetzung	109
8. Aufwandsersatz	112
VIII. Appendix: Die Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit des Verfassungsgerichtshofs	115
A. Die Beschwerde	115
B. Das Verfahren im Einzelnen	116
1. Beschwerdebehauptung	116
2. Beschwerdefrist	117
3. Inhalts- und Formerfordernisse	117
4. Verfahrenshilfe	120
5. Aufschiebende Wirkung	120
6. Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	121
7. Entscheidung und Entscheidungswirkungen	123
Stichwortverzeichnis	131

Die **Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle** tritt mit 1. 1. 2014 in Kraft und lässt keinen Stein auf dem anderen liegen. Auch die **Bundesabgabenordnung** wurde mit 1. 1. 2014 maßgeblich reformiert. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren sowie das Abgabenverfahren nach der BAO wurden grundlegend geändert und umgestellt, weshalb eine **Einführung** in die **neuen Verfahren** nicht nur vor den **Verwaltungsgerichten erster Instanz** des Bundes/der Länder, sondern auch vor dem **VwGH** sowie im Zuge der Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit vor dem **VfGH** hilfreich und notwendig erscheint. Dargestellt werden sowohl das **allgemeine Verfahren** als auch das **Abgabenverfahren nach der BAO**.

Mit diesem Kurzlehrbuch wird **Studierenden** aller Studienrichtungen mit juristischem Schwerpunkt eine **didaktische und profunde Einführung** in die Materie vermittelt, sowie dem **juristischen Praktiker** sowohl bei der **ersten Orientierung** als auch bei **allgemeinen praktischen Fragen** wie der Verfassung und Einbringung von Berufungen, Beschwerden und Revisionen geholfen.



Univ.-Prof. Dr. Benjamin Kneihs war 1998/99 Mitarbeiter am Verfassungsgerichtshof und 2004 außerordentlicher Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 1. Oktober 2009 ist er als Universitätsprofessor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Paris Lodron Universität Salzburg tätig.



Univ.-Prof. MMag. Dr. Christoph Urtz ist Universitätsprofessor für Finanzrecht an der Universität Salzburg und Rechtsanwalt bei Binder Grösswang Rechtsanwälte.